

Freiheit verteidigen.

Beschluss des Bundesausschusses
der CDU Deutschlands am 16. Juni in Berlin

Antrag A 01: Freiheit verteidigen.

„Wir wollen freie Menschen sein“ – die Worte des Aufstands vom 17. Juni 1953 sind heute so aktuell wie damals. Wir erinnern heute an den Kampf um Freiheit, den die Deutschen in der DDR vor 70 Jahren führten. Über eine Million Menschen versammelten sich in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR, um die Senkung der Arbeitsnormen, freie Wahlen, den Rücktritt des SED-Regimes, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiedervereinigung zu fordern. Die blutige Niederschlagung des Aufstands durch sowjetische Streitkräfte und Panzer forderte mindestens 55 Menschenleben. Die Erinnerung an den Mut derer, die sich am 17. Juni 1953 im Namen der Freiheit erhoben, mahnt uns heute: Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss stets aufs Neue wertgeschätzt und verteidigt werden. Und sie wird von Panzern ebenso bedroht wie von Feinden im Innern oder der Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Wert.

Die Freiheit des Menschen wurzelt in seiner Würde. Für uns Christdemokraten äußert sich Freiheit stets im verantwortlichen Handeln – für sich selbst und für die Gemeinschaft. Freiheit ist mehr als die Willkür des Einzelnen, sondern entfaltet sich in gemeinschaftlichen Bindungen. Sie ist mehr als bloße Abwesenheit von Hindernissen beim Verfolgen der eigenen Lebenspläne, sondern sie ist die Freiheit zum verantwortlichen Handeln in der Gemeinschaft. Ihr Bezugspunkt ist weder das ungebundene Individuum noch das Kollektiv. Freiheit ist dort vorhanden, wo Menschen sich als unterschiedlich anerkennen, gemeinsam Verantwortung übernehmen und sich wechselseitig gleiche Rechte und Pflichten zusprechen. Uns ist klar: Freiheit und Solidarität gehören zusammen. Freiheit kann dort gedeihen, wo Menschen durch Bildung, durch eine solidarische Gemeinschaft und durch die Soziale Marktwirtschaft in die Lage versetzt werden, sich zu entfalten. Jetzt und in Zukunft. Es ist dieses Verständnis von Freiheit, das uns Orientierung gibt und uns die Maßstäbe für gute Politik an die Hand gibt.

Wir sind davon überzeugt: Diese Chance des Menschen zur Freiheit lässt sich nur in einer offenen Gesellschaft verwirklichen. In dieser offenen Gesellschaft fällt die Verantwortung für unser Handeln auf uns selbst zurück. Karl Popper schrieb im Sinne einer offenen Gesellschaft: „Die einzige rationale Einstellung zur Geschichte der Freiheit besteht in dem Eingeständnis, dass wir es sind, die für sie Verantwortung tragen.“ Da es an uns liegt, ob wir die Chance der Freiheit nutzen oder nicht, müssen wir jeden Tag für diese offene Gesellschaft eintreten und sie gegen Bedrohungen verteidigen. Sie ist dort bedroht, wo Menschen in übermäßige Abhängigkeit und Fremdherrschaft geraten. Und sie ist auch dort bedroht, wo Menschen die Chance genommen wird, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Der 17. Juni 1953 war eine Revolutionsbewegung für Grundrechte, Demokratie und Menschenwürde – die Grundlagen einer offenen Gesellschaft. Das Datum ist ein europäisches Schlüsselereignis: Ihm folgten der ungarische Volksaufstand 1956, der Prager Frühling 1968, die Solidarnosc-Bewegung in Polen seit 1980, die Freiheitsbewegungen in Ungarn, Tschechien und im Baltikum und schließlich die Revolutionen im Osten unseres Landes und Europas 1989. Der Ruf nach Freiheit, der am 17. Juni 1953 zu hören war, stand am Beginn des Friedensprojekts Europa. Ohne Freiheit ist kein Recht, ohne Recht ist kein Frieden denkbar. Der 17. Juni ist

deshalb für uns nicht nur ein nationaler Gedenktag, er hat auch eine europäische Dimension – genauso wie der Mauerfall 1989.

Die Errungenschaften dieser europäischen Freiheitsbewegung werden durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine verletzt. Die Erinnerung an den Volksaufstand und unsere Grundüberzeugungen als Christdemokraten verpflichten uns daher, für eine europäische Ordnung einzutreten, in der Freiheit möglich ist und Frieden herrscht. Noch ist kaum absehbar, wie eine europäische Nachkriegsordnung aussehen wird. Klar ist: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen, die russische Aggression darf nicht erfolgreich sein. Auch darf der russische Angriff andere autoritäre Regime nicht dazu ermutigen, in ihrer Region Gleiches zu versuchen und die Freiheit zu bedrohen. Auch deshalb wollen und werden wir der Ukraine weiter zur Seite stehen und sie tatkräftig unterstützen. Es braucht Mut und Selbstbehauptungswillen, um das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa voranzutragen. Verantwortliches Handeln bedeutet zugleich, dass wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Friedensordnung durch multilaterale Abrüstungsverhandlungen schaffen. Nur so können wir das Risiko nuklearer Eskalationen mindern und dafür sorgen, dass die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren die Grundlage für Frieden und Freiheit ist.

Bedrohungen der Freiheit finden wir nicht nur in Europa und der Welt, sondern wir finden sie auch im Inland: Überall dort, wo die Grundprinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde missachtet werden. Politischer Extremismus, organisierte Kriminalität, Hass und Hetze gegen Andersdenkende, Desinformationsversuche und Cyberangriffe fremder Mächte sind Herausforderungen für unsere Freiheit, denen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen wollen. Deutschland muss im Innern wie im Äußeren wehrhaft sein.

Freiheit ist das Fundament unseres Staates, unserer Gesellschaft, unseres Lebens. Freiheit ist Teil unserer Identität. Ihre Bedeutung ist existenzieller Natur, denn im Namen der Freiheit sind Menschen dazu bereit, ihr Leben zu geben. Das zeigt der Volksaufstand in der DDR ebenso wie der mutige Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer gegen den russischen Angriffskrieg. Wie am 17. Juni 1953 kämpfen sie heute nicht jeder für sich, sondern für eine gemeinsame Zukunft.

An diesen Mut und an diese Standhaftigkeit denken wir heute. Wir sagen mit ihnen gemeinsam:

Wir wollen freie Menschen sein.

Wir wollen in einem freien Land leben.

Wir wollen in einem freien Europa leben.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die für ihre Freiheit kämpfen.